

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags aus-
genommen. Der Verkaufspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin
10,- M. Im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Porto
bezogen. Sonstige Postgebühren sind abgezogen. Unter Streifenband
besagen für Preussisch und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M.
jährlich halbjährlich, per Brief für Preussisch und Österreich 30,- M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 2-3.

Die schillingierten Manuskriptblätter oben deren Raum kostet 4,- M. einschließlich
Zerrenungsgebühr. Klein-Kartons: Das freigezeichnete Wort 2,- M., jedes weitere
Wort 1,50 M., einschließlich Zerrenungsgebühr. Große Klein-Kartons laut Tarif.
Klein-Kartons und Klein-Blätter 2,20 M. netto pro Zeile. Groß-Kartons
in Wort-Kartons: Das freigezeichnete Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M.
Verlagsdruck: Zentrum 2030, 2645, 4516, 4603, 4635, 4640, 4823

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Kleinen hängt man . . .

Kein Tag ohne Justizschmach!

Nachdem in den kaum noch aufzählbaren Fällen bürgerlicher und militärischer Rechtspflege sich gezeigt hat, daß in der „demokratischen“ Republik die Klassenjustiz in noch weit schlimmerer Weise gehandhabt wird, als es selbst im wilhelminischen Staat geschah, will anscheinend das Reichsgericht zeigen, daß es um nichts hinter den Kameraden-gerichten und den zivilen Spruchkammern zurücksteht. Durch das Wolffsche Bureau wurde gestern abend folgende Meldung verbreitet:

Der zweite Strafsenat des Reichsgerichts, der mit der Aburteilung der sogenannten Kriegsverbrecher betraut ist, beschäftigte sich heute mit den drei ersten Fällen dieser Art, und zwar handelte es sich nicht um auf der Auslieferungliste liegende Personen, sondern um solche, deren Straftaten zur Kenntnis des Reichsgerichts gelangt und von diesem nach dem Gesetz vom 5. Dezember 1919 zu erledigen sind. Angeklagt waren der Zimmermann Dietrich Lottmann aus der Gegend von Embden, der Schlosser Paul Niegel aus Berlin und der Schiffer Paul Sangerhausen aus Marienwerder bei Potsdam. Die Angeklagten waren im Oktober 1918 als Pioniere in das belgische Städtchen Edingen, in der Nähe von Lille eingezogen. Am Abend des 30. Oktober hatten sie eine Anzahl von Lokalen besucht, und waren schließlich gegen 12 Uhr gewaltsam in eine Wirtschaft eingedrungen. Nachdem Lottmann den aus seinem Schlafzimmer heruntergeholteten Wirt mit einem entschärften Revolver und Niegel ihn mit einem Seitengewehr bedroht hatten, so daß er auf die Straße flüchten mußte, gingen alle drei Angeklagten nach dem ersten Stod, erbrachen und durchwühlten mehrere Behälter und stahlen eine größere Geldsumme, eine Anzahl Wertsachen und warfen Wäsche und Kleider im Zimmer umher. Durch einen Hauptmann und mehrere hinzugekommene deutsche Soldaten wurden die Angeklagten Lottmann und Niegel sofort nach der Tat festgenommen. Die Beweisaufnahme in der heutigen Verhandlung ergab den oben wiedergegebenen Sachverhalt. Das Gericht erkannte alle Angeklagten der Pflünderung nach §§ 129 und 133 des Militärstrafgesetzbuches für schuldig und verurteilte Lottmann zu fünf und Niegel zu vier Jahren Zuchthaus und Sangerhausen zu zwei Jahren Gefängnis. Gegen Lottmann und Niegel wurde außerdem auf Ehrenverlust für die Dauer von zehn Jahren erkannt.

Jahre und Tage sind vergangen, seitdem die Schuld der gekrönten und ungekrönten Kriegsverbrecher erwiesen ist. Den Hohenzollern, den Lubenboris, Helfferich und Konforten ist bisher kein Haar gekrümmt worden. Hunderte von Offizieren von hohem und niedrigem Adel, die weit schlimmere Verbrechen begingen, als die jetzt in Leipzig abgeurteilten Soldaten, laufen noch immer straffrei herum; die lange Liste von Kriegsverbrechern, deren Aburteilung die Entente verlangt, liegt dem Reichsgericht schon lange Zeit vor, und die „nationale“ Presse ist einzig in dem Bestreben, gemeinsam mit den Gerichten die ganze Angelegenheit in eine Komödie zu verwandeln. Endlich aber werden drei Kriegsverbrecher festgestellt und verurteilt, und siehe, es sind drei Proletarier! Wir wollen deren Taten durchaus nicht entschuldigen und wollen voraussetzen, daß das Reichsgericht nach wirklich objektiver Feststellung der Tatsachen sein Urteil gefällt hat. Aber ist es nicht merkwürdig, daß man gerade Proletarier, bei denen ohne weiteres anzunehmen ist, daß sie den alles verwüsten Wirkungen des Krieges unterlegen sind, ins Zuchthaus wirft, nichts aber davon

hört, daß man mit der gleichen unerbittlichen Strenge gegen höhergestellte Kriegsverbrecher vorgeht? Ist es nicht merkwürdig, daß die Liste der Kriegsverbrecher noch immer irgendwo in einem Aktensäckel verstaubt, daß dagegen die rächende Justiz um so heftiger drei proletarische Sünder anzupacken weiß?

Die Kleinen hängt man; hier erweist sich die Wahrheit dieses alten Sprichworts in seinem ersten Teil. Der zweite Teil aber lautet: Die Großen läßt man laufen! Wird man nun endlich erfahren, wenn das Reichsgericht mit der gleichen Schärfe auch gegen die wirklichen Kriegsverbrecher vorgehen gedenkt?

Der amnestierte Mörder

Unsere Mitteilung über die Begnadigung Vogels, des Mörders Rosa Luxemburgs, hat in der bürgerlichen Presse weniger Beachtung gefunden, wie etwa die Mitteilung über einen Schnupfenanfall irgendeiner Erzellenz. Das führende „demokratische“ Blatt der Residenz, das „Berliner Tageblatt“, nimmt von dem Vorgang überhaupt nicht Notiz. Die „Vossische Zeitung“ bemerkt, daß diese Amnestierung naturgemäß das größte Aufsehen machen muß, findet aber kein Wort der Verurteilung gegen die Justiz, die mit dem Rechtsempfinden des Volkes schändlich verfährt. Die „Berliner Volkszeitung“ begnügt sich damit, daß sie die Erwartung ausdrückt, die Justizbehörden würden zur Begründung dieser haarsträubenden Entscheidung umgehend Stellung nehmen. Lediglich die „Welt am Montag“ findet kräftige Worte der Verurteilung gegen die Justizschande in Deutschland.

Die reaktionäre Presse schweigt oder begnügt sich mit einer kurzen informativischen Notiz. Wozu soll sie reden, wenn die Justizbehörden aus eigenem Antrieb für ihren Schlingel Vogel handeln? Es bleibt ja noch Zeit genug übrig, dem in die Heimat zurückgekehrten Mörder den Lorbeerkranz zu winden.

Uebrigens bestätigt sich die von uns ausgesprochene Vermutung, daß man die Amnestierung Vogels geheim hielt, um den Widerspruch der Massen gegen diese erneute Schändung des Rechts zu verhindern. Wie die „Vossische Zeitung“ mitteilt, hat die Strafkammer des Landgerichts II dem Amnestierungsantrag des Verteidigers Vogels bereits am 28. Dezember stattgegeben. Der Staatsanwalt hat gegen diesen Beschluß Beschwerde beim Kammergericht eingelegt. Eine Entscheidung auf diese Beschwerde ist noch nicht ergangen.

Von Interesse ist ferner, daß Vogel, den die deutschen Behörden bekanntlich seit 1 1/2 Jahren hiesiglich „verfolgen“, ohne allerdings sein ruhiges Dasein in Holland zu stören, nach Deutschland zurückgekehrt ist. Da die Staatsanwaltschaft den Stadtbefehl gegen Vogel noch nicht zurückgezogen hat, darf wohl die Erwartung ausgesprochen werden, daß sie den aus der Haft entlassenen Mörder wenigstens jetzt dingfest macht. Oder erstreckt sich die liebevolle Fürsorge der Justiz für Vogel, die sich u. a. darin äußerte, daß einer der Richter Vogels bei den Vorbereitungen zu seiner Flucht und bei der Beschaffung der gefälschten Papiere mithalf, auch auf seinen Schutz vor jeder behördlichen Verfolgung, trotzdem der Aufenthaltsort des entsprungenen Mörders den Behörden bekannt ist?

Die Selbstversorgung Groß-Berlins mit Nahrungsmitteln

Von Prof. Dr. C. Ballod.

Der deutsche Kapitalismus bereitet einen völligen Erbrochensselbstzug vor, gegen die deutschen Großstädte und damit gegen die verhasste sozialistische Arbeiterschaft, die sich so sehr gefreut hatte, daß sie endlich die Verwaltung der Großstädte durch neuzuwählende Magistratsmitglieder in die Hand bekommen hatte, nachdem man in der glorreichen deutschen Revolution zwar Fürsten und Könige und Ministerien gestürzt, Magistrate aber, die in den Städten nahezu die Rolle als absolute Herren spielen konnten, ruhig hatte weiter walten und amtieren lassen. Und sie haben genügt, diese Zeit zur Zertrümmerung aller sozialen Ansätze, zur Zertrümmerung der Kriegswirtschaft, der städtischen Selbstversorgung, die zwar unvollkommen, kapitalistisch, mangelhaft war, aber doch die Bedingungen und Keime zu einer sozialistischen, aufs Wohl des Volkes gerichteten Kommunalpolitik in sich schloß.

Die von Volkes Gnaden neu gewählten Magistrate müssen beinahe in allem und jedem von vorne anfangen. Der Kapitalismus aller Schattierungen in schöner Einigkeit, ob er sich nun demokratisch, oder völksparteilich, oder deutsch-national, oder christlich benennt, bereitet Gesekentwürfe für Reichstag und Landesversammlung vor, die eine völlige Abwürgung der Großstädte, eine Auslieferung der deutschen Arbeiterschaft auf Gnade und Ungnade an Land- und Hausagrarier bedeuten. Es soll den Städten gatt verboten werden, Land- und Forstbetriebe zu kommunalisieren, verboten werden die Wohnungsversorgung, verboten werden Bauland zu erwerben, selbst Wohnhäuser zu errichten. Selbst die eigenen Arbeits- und Stellungsvermittlungsbureaus sollen den Städten genommen werden. . . . Also alles, was der frühere Freisinn, was Sankt Manchester erlaubte, soll in der sozialen deutschen Republik Todlünde sein!

Schreiber dieses hatte vor Jahr und Tag die Rawität gehabt (in der „Freiheit“ vom 8. Februar 1919) darauf hinzuweisen, was die Städte, was Berlin insbesondere zur Verbesserung der Nahrungsmittelbewirtschaftung tun könnten; wie Berlin die Kanalisationsabwässer in hohem Maße zur Erzeugung der wichtigsten Nahrungsmittel, zur Erzeugung von Brotform und Kartoffeln in eigener Regung in der nächsten Umgebung verwerten könnte. Dem verflochtenen Magistrat durfte man freilich mit derartigen Plänen nicht kommen, das wäre ja ein Verbrechen gegen den Freisinn gewesen, dessen Land- und volkswirtschaftliche Weisheit darin bestand, Düngerverwerte von 20 Millionen Goldmark in den Abwässern (300 Millionen heutige deutsche Papiermark) umkommen und die Umgebung der „Rieselfelder“ verpestet zu lassen. Ich wies darauf hin, daß, wenn man die Rieselfelder von 7600 Hektar auf 120 000 Hektar ausweitete, man immer noch Wasser und Düngstoffe genug hätte, um auf diesen 120 000 Hektar bei elendester Bodenbeschaffenheit, auf schlechtestem Sande, Maximalernten zu erzeugen, während das heutige Rieselfeldsystem darin besteht, die wertvollen Düngstoffe um jeden Preis los zu werden, den Boden um das 10-15fache zu überdüngen und dadurch zu vergiften, die Ernten zu senken, für Mensch und Vieh ungenießbar, überdüngte Produkte zu erzeugen. Groß-Berlin würde freilich nicht 120 000, sondern 200 000 Hektar Rieselfelder brauchen. Bei derart ausweiteten Bewässerungswässern könnte man auf 100 000 Hektar etwa 360 000 Tonnen Brotform erzeugen, genug für die Brotform einer Bevölkerung von 3 1/2 Millionen; 25 000 Hektar Kartoffelfeld würden dreiviertel Millionen Tonnen Kartoffeln liefern, genug für eine 7-Pfund-Kartoffelration pro Kopf und Woche. Auf 50 000 Hektar Wiesen und Ackerfelder könnte man das Heu für 120 000 Milchkuhe gewinnen, die etwa 400 Millionen Liter Milch geben, genug für 100-110 Liter auf den Kopf der Bevölkerung, gerade soviel, wie vor dem Kriege überhaupt aus näherer und fernerer (bis zu 250 Kilometer Entfernung) Umgebung nach Groß-Berlin kam. Auf den restierenden 25 000 Hektar könnte man sogar Juckrüben für eine 30-Kilogramm-Ration bauen.

Aber, aber um 200 000 Hektar Bewässerungsfelder herzustellen und volkswirtschaftlich es auch nur zu der Weisheit zu bringen, zu der die Chinesen seit 3000 Jahren gelangt sind (mit dem menschlichen Abordünger die Lebensmittel für den Menschen selbst zu erzeugen) dazu gehörte, daß die Stadt das Recht bekam, Land in ihrer nächsten Umgebung nicht nur freibändig zu kaufen, sondern auch zum landwirtschaftlichen Werte zu enteignen. Denn es ist selbstverständlich, daß die Grundbesitzer der Umgebung, als kluge Leute, gleich die Stadt ein wenig sehr hochgenommen hätten. Es soll aber heute verhindert werden, daß die Städte überhaupt landwirtschaftlichen Grund und Boden erwerben, damit sie ja nicht ihre Nahrungsmittelbeschaffung mit Hilfe ihrer verderbenden und die Luft verpestenden Abwässer verhängen. . . . Heute ist nicht nur der Handarbeiter, sondern auch der Kopfarbeiter in der äbelsten materiellen Lage, nicht weniger der brave, ehbare Kleinbürger. Sie alle hätten das dringende Interesse, billigere Nahrungsmittel in ausreichender Menge zu bekommen. . . . Sie alle freilich werden nicht für ihre Interessen kämpfen. Der deutsche Arbeiter

Die englisch-russischen Verhandlungen

Prof. Lomonosow an Stelle Krassins in London

Dän. Kopenhagen, 10. Januar.

Die russische Regierung hat dem Verkehrs- und Handelsminister Prof. Lomonosow den Befehl erteilt, sich unverzüglich nach London zu begeben, um dort an Stelle Krassins die Führung der bolschewistischen Delegation zu übernehmen. Krassins soll nach Stockholm reisen, wo er bei schwedischen Maschinenfabriken Lokomotiven im Werte von 5 Millionen Pfund Sterling für Rußland bestellen soll.

Zu der Frage des russisch-englischen Handelsabkommens äußert sich die bolschewistische Presse, daß die englischen Bedingungen vollständig unannehmbar seien. Die „Zemlja“ schreibt, daß England anscheinend der russischen Räteregierung Verpflichtungen aufbürden will, selber aber freie Hand behalten möchte. England verlange nicht nur die Einstellung der bolschewistischen Propaganda in Asien und in Persien, sondern auch im Kaukasus, der nicht zur englischen Interessensphäre gehöre.

Unerbitterte Reaktion in Frankreich

Das in unserm gestrigen Abendblatt mitgeteilte Ergebnis der französischen Senatswahlen wird wie folgt berichtet: Es wurden gewählt 3 Konservative, 13 Republikaner, 26 Linksrepublikaner,

45 Radikale und Sozialistisch-Radikale und 11 sozialistische Republikaner.

Zum Ausfall der Senatswahlen meldet Havas noch, daß im ersten Wahlgange u. a. noch gewählt wurden die früheren Ministerpräsidenten Combes und Doumergue und der frühere Minister Chéron. In den Bezirken Aube und Cher sind die Kandidaten der Kommunisten vernichtend geschlagen worden. Die Rechte verlor im Norden mehrere Bezirke.

Pressestimmen

Zu den Senatswahlen sagt „Figaro“, in politischen Kreisen habe man erklärt, daß die Senatswahlen zeigen werden, daß das Volk genug habe vom nationalen Bloß und das Vertrauen den Radikalen wieder zuwenden werde. Das sei nicht der Fall. Die Radikalen hätten einige Sitze verloren und es sei klar, daß die Wähler einer gemäßigten Politik zuneigten.

Die „Humanité“ meint, die politische Lage werde nach den Senatswahlen so sein, wie sie gestern gewesen sei.

Das „Echo de Paris“ erklärt, daß das Ergebnis des gestrigen Tages klar beweise, daß der Bloß der Linken, das heißt die Radikalen und ihre sozialistischen Verbündeten eine große Niederlage erlitten hätten. Die Mehrheit im Senat gehe aus dem Wahlkampfe gefeigt und gestärkt hervor.

Zeitungsverbote in Elßah-Lothringen. Durch eine neue Verordnung des Generalgouvernements sind Einfuhr und Verbreitung der deutschen Zeitchriften „Die junge Garde“ und „Die internationale Jugend“ in Elßah und Lothringen verboten worden.

ist es, der für das allgemeine Interesse seine Knochen zu Marke tragen muß...

Wird der Kapitalismus seinen Willen betr. Erdrosselung der Städte durchsetzen? Sicher, wenn ihm nicht die gesamte Arbeiterschaft mit aller Energie und allen Mitteln entgegentritt... Nun — in der Umgebung von Berlin liegt ja noch sehr viel fiskalisches Land. Wald, Heide, Gestrüpp, Unland. Zwar etwas weiter ab, als die heutigen Rieselfelder, als das nächstgelegene Bauernland, aber in immerhin erreichbarer Entfernung. 200 000 Hektar schlechter fiskalisches Waldboden ist in einer Entfernung bis zu 50 bis 60 Kilometer sicher vorhanden. Er könnte, wenn ihn der preussische Fiskus hergäbe, nach Ausrottung der Bäume, Ent- und Bewässerung mit Hilfe der Abwässer, in ertragreichsten Kulturboden umgewandelt werden. Aber wird der preussische Fiskus auch etwas hergeben wollen? Zwar die Regierungsmajorität, die Majorität im Ministerium ist sozialistisch. Sie könnte es, wenn sie wollte, den Städten durch Hergabe von Land das Leben ermöglichen. Sie muß es, wenn sie nicht den letzten Rest von Vertrauen bei ihrer eignen Groß-Berliner Anhängerenschaft verlieren will! Vorläufig, im ersten Jahre des neuen Magistrats genügt es schon, wenn man die Mittel aufbringt, um das im Besitz der Groß-Berliner Gemeinden befindliche Land, etwa 30 000 Hektar, in größerem Umfange für die Verrieselung herzurichten. Auch das erfordert Zeit und Geld; das Land muß meist erst gerodet, umgebrochen, „apflicht“ bzw. für die Bewässerungswirtschaft hergerichtet werden. Die Herrichtung darf allerdings nicht in der Weise, nicht nach dem Bassinsystem, wie bei den bisherigen Rieselfeldern geschehen. Dies ist zu teuer (2000 Goldmark per Hektar) und unpraktisch. Sondern es ist da an die „Beregnungsanlagen“ zu denken, wie sie bei Bromberg ausgeführt sind und die nur den achten Teil der Berliner Bassins kosten. Die letzteren mußten ja auch nur deswegen hergerichtet werden, um möglichst viel kostbare Düngewasser zu besitzigen, um die Möglichkeit zu geben, eine Zweimeter-Abwasserfahle im Jahre zu filtrieren. Die rationelle Bewässerung ist unverhältnismäßig billiger und sie nutzt die Abwässer, wandelt die Düngstoffe derselben in wertvolle Nahrungsmittel um. Man muß zugeben, daß schon die Herrichtung von 10 000, ja von 5000 Hektar Bewässerungsflächen nebst der Errichtung von 10—20 Gutschlösen im ersten Jahre eine respektable Leistung wäre. Auch dazu wären Mittel, in der Höhe von 25—50 Millionen heutiger Papiermark erforderlich. Die müßten aber auch geordert und beschafft werden. Die neugewählten Magistratsmitglieder haben hier die erste Gelegenheit, ihr Interesse für das Wohl des Volkes zu beweisen.

Neben der Landwirtschaft, die ja erst im Jahr und Tag anfangen kann, Erträge zu bringen, wären natürlich alle anderen Kommunalisierungsmöglichkeiten in energischer Weise auszunutzen! Es müßten Kohlengruben, womöglich städtische Zementwerke, ein großes Eisenwerk erworben werden. Der „freie Handel“ kann auch ein wenig Einschränkung erfahren, dadurch, daß die Stadt in umfangreicherem Maße eigene Fett- und Fleischzufuhr aus dem Ausland besorgt. Kurzum, die neuen Magistrate haben ein weites, dankbares, aber auch schwieriges Arbeitsfeld, zu dem alle heranziehbar sachkundigen Kräfte auch wirklich herangezogen werden müßten!

Eine Abfrage

Wie wird die Einheitsfront wieder hergestellt?

Wie der „Vorwärts“ mitteilt, hat sich der rechtssozialistische Parteivorstand mit dem Offenen Brief der Kommunisten zentralen befaßt und er erklärt nun folgendes: Bis zum 13. Januar hätten die Kommunisten auf eine Antwort warten wollen. Trotzdem habe ihre Zentrale schon am 9. Januar ihre Organisationen aufgefordert, sich unmittelbar an die Mitglieder der anderen Organisationen zur Teilnahme an den kommunistischen Aktionen zu wenden. Der Parteivorstand der S. P. D. sagt dazu:

Die Zentrale der S. P. D. hat damit ihr eigenes plummes Spiel entlarvt. Indem sie ohne die Antwort der besagten Organisationen abzuwarten, ihre Organisationen auffordert, den Zerplitterungskampf weiter in die Arbeiterbewegung zu tragen, hat sie ihre offene Antragselbst erledigt.

Die Zentrale der S. P. D. hat versucht, nach dem Wort ihres Meisters Lenin zu handeln, der in seiner Schrift „Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“ folgende Parole ausgibt:

Man muß es verstehen, wenn es nötig ist, sogar Blödsinn, illegale Methoden, Verschweigung der Wahrheit anzuwenden, um nur in die Gewerkschaftsverbände einzudringen, in ihnen zu bleiben, in ihnen kommunistische Arbeit durchzuführen.

Die geforderte Schlauelei hat die Zentrale der S. P. D. allerdings nicht bewiesen, da sie durch ihre vorläufige Aufforderung an ihre Organisationen die Absicht zu neuem Wortbruch, wie sie ihn bisher auch bei allen gemeinsam vorbereiteten Aktionen verübte, nur allzu deutlich verraten hat.

Die Sozialdemokratische Partei wünscht nichts dringender als die Wiederherstellung der Einheitsfront des Proletariats, die von den Kommunisten in verbrecherischer Weise zerstört worden ist. Nur durch die Einheitsfront können Minderheitsaktionen verhindert werden, die nutzlose Opfer fordern und ein Zerbrechen an der Arbeiterklasse sind. Die Sozialdemokratische Partei warnt ihre Anhänger aufs Nachdrücklichste, solchen Parolen, die nur zur Verwirrung und zur Niederlage führen, Folge zu leisten.

Wenn man dem Parteivorstand der S. P. D. auch darin recht geben kann, daß die Einheitsaktion der Kommunisten nicht aus Sorge um das Proletariat, sondern aus parteiorganisatorischen Gründen geboren wurde, so muß bei dieser Gelegenheit doch auch den Rechtssozialisten wiederum gesagt werden, daß die Einheitsfront des Proletariats nicht durch Deklamationen und Führerkonferenzen hergestellt werden kann, sondern nur durch die einheitliche Aktion der Massen selbst. Und diese Aktion muß sich aufbauen auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes, muß erfüllt sein von den Grundzügen des wissenschaftlichen Sozialismus. Solange die Rechtssozialisten ebenso wie die Kommunisten sich von diesen einfachen Forderungen proletarischer Taktik entfernen, indem die einen sich mit dem Bürgerium verbünden, die andern der Reaktion durch ihre anarchoide Verwüstungspolitik in die Hände arbeiten, zerstören sie immer aufs neue die Voraussetzungen zur Wiederherstellung der Einheitsfront des Proletariats.

Die Kindertrumpeten der Kommunisten

Wie die kommunistischen Organisationen in der Provinz den Ruf ihrer Zentrale zur Einigung des Proletariats verstehen, das zeigt sich deutlich bei dem Auftreten ihrer Anhänger in unseren Versammlungen. Bis in die letzten Tage hinein haben sie bei diesen Gelegenheiten alles andere eher als den Willen zu einer Verständigung bewiesen.

Das zeigte sich beispielsweise in zwei Versammlungen, in denen in der vergangenen Woche der Genosse Breitscheid in Köln und Aachen sprach. Im überfüllten Gürtsch-Saale zu Köln

wurde Genosse Breitscheid von den tapferen Vorkämpfern für die Revolution sogar mit Kindertrumpeten begrüßt, und so sehr wir Ehrungen von dieser Art einzuschätzen wissen, ist es einem Redner nicht gerade leicht, sich gegen solche Instrumente zu behaupten. Da es Breitscheid aber doch gelang und da der Kommunist Dahlem wohl einfiel, daß er mit dem Gestammel, das er in der Diskussionsvorbrachte, seine Sache nicht gefördert hatte, forderte er zum Schluß seiner Ausführungen seine Freunde auf, mit ihm den Saal zu verlassen. Diese ebenso mutige, wie gefährliche Aktion wurde durchgeführt und so waren die Kommunisten vor der Gefahr bewahrt, daß ihre politische Überzeugung möglicherweise durch das Schlußwort des Referenten erschüttert wurde.

In Aachen, wo der Saal ebenfalls überfüllt war, ging es etwas ruhiger her, dafür lehrte der kommunistische Sprecher dem kranken Ansehen, den er vorbrachte, die Krone mit der Behauptung auf, die Unabhängigen hätten den Kommunisten ihre Kräfte gestohlen. Rührt sich das gemeinsame revolutionäre Vorgehen des Proletariats wirksamer vorbereiten?

Die Entwaffnung vor dem auswärtigen Ausschuss

In der heutigen Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten wird Reichsminister Dr. Simons über die Entwaffnungsfrage und über die obersteinständige Abstimmung Erklärungen abgeben. Die Rechtssozialisten beabsichtigen nach einer „Dona“-Medlung in dieser Sitzung von der Reichsregierung bindende Garantien für die Durchführung der Entwaffnung in Bayern und Ostpreußen zu fordern.

Die Eisenbahnerbewegung

Das Ergebnis der Verhandlungen mit der Regierung

Einer „Dona“-Medlung aus Eilen zufolge wird in einem Telegramm, das der Aktionsausschuss der vier Groß-Organisationen der Eisenbahner am Sonntag an den Sechzehner-Ausschuss nach Berlin abhandelt, erklärt, daß die Eisenbahner des Reichs das Ergebnis der Verhandlungen mit der Regierung bisher getroffenen Vereinbarungen ablehnen. Im Falle der Annahme des Abkommens wird eine Sonderaktion angekündigt.

Die Stellungnahme des Deutschen Eisenbahnerverbandes

Wie W. T. B. von beteiligter Seite erfährt, hat der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes in zweitägiger Beratung zu dem durch den Sechzehner-Ausschuss und die Regierung zustande gekommenen Verhandlungsergebnis Stellung genommen. Die völlig unzureichenden Zugeständnisse und die auf der Eisenbahnerorganisation lastende große Verantwortung veranlassen den erweiterten Vorstand, vor der endgültigen Beschlussfassung erst noch entsprechende Schritte zur völligen Klärung der Sachlage zu unternehmen. Der Beschluss steht demnach noch aus.

Erhöhung der Teuerungszuschläge für die Staatsbeamten und Arbeiter

Das Reichskabinett hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Frage einer Erhöhung der Teuerungszuschläge für die Beamten und Arbeiter des Reiches beschäftigt. Dem Wunsch der in Bamberg tagenden Konferenz der Finanzminister der Länder, vor endgültiger Stellungnahme gehört zu werden, wird in einer auf kommenden Mittwoch anberaumten Sitzung Rechnung getragen werden. Das Kabinett hat gleichzeitig die Frage der Beschaffung neuer Mittel zur Befreiung der bereits im ordentlichen Haushalt sich ergebenden Fehlbeträge, die durch die Erhöhung der Teuerungszuschläge eine weitere Steigerung erfahren werden, zum Gegenstand einer eingehenden Erörterung gemacht. Es wurde die Notwendigkeit festgestellt, über diese Frage eine grundsätzliche Stellungnahme der gesetzgebenden Körperschaften in Verbindung mit der Entscheidung über die Bewilligung der Teuerungszuschläge herbeizuführen.

Zurück zum Alten!

Der Schlachtruf der Reaktion

Auch die zweite Sitzung des Preustentags der Deutschen Volkspartei setzte die Bekenntnisse zur Monarchie fort. Sowohl Professor Leidig sang das hohe Lied vom angestammten Herrscherhaus, als auch die Abgeordnete Frau Garnich, die die Erinnerung an die Königin Luise und die Kaiserin wachrief. Ob sie wohl auch davon gesprochen hat, daß sich die vielgerühmte Königin Luise während der Zeit der Erniedrigung Preußens in Petersburg auf den Hofballen köstlich amüsierte, statt blutige Tränen über ihr geschlagenes Volk zu weinen, wie es die vaterländische Geschichtsschreibung so rühmlich darstellt?

Das übrige Gerede ist herzlich uninteressant und steht ganz auf dem Niveau dessen, was man von der „Partei des Wiederaufbaues“ seit den Reichstagswahlen gewöhnt ist. Auch zwei Renommiterarbeiter wurden losgelassen, um zu beweisen, daß die Deutsche Volkspartei wirklich eine „Volkspartei“ ist. Welch übte Rolle, in dieser Partei der erklärten Arbeiterfeindschaft, des ausgeprägtesten Handels- und Industriekapitalismus, Staats zu spielen!

Es gibt keine Klassenjustiz! doktriniert Herr Geheimrat Casparz und nimmt die Richterschaft gegen alle dahingehenden Vorwürfe in Schutz. Er braucht allerdings nicht von allen Zuständebanden gehört zu haben, die bis weit in die bürgerliche Welt hinein Protest hervorgerufen haben. So ein preussischer Geheimrat preßt auf die öffentliche Meinung. — Die Religion muß dem Volke erhalten bleiben! so ruft Herr von Ziegewitz. Das war von jeher die Weisheit der Adelleute, Jheptliche und Jheiwitze.

Deutsche Volkspartei — Deutschnationale Volkspartei — sie gleichen sich wie ein Ei dem andern. Zurück zum Alten, ist ihr Schlachtruf. Vorwärts zu Neuem, antwortet ihnen die Arbeiterschaft.

Massenflucht aus der Landeskirche

Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Kiel meldet, setzte dort in den Tagen vom 27. bis 31. Dezember v. J. eine Massenflucht aus der Landeskirche ein. Veranlassung hierzu gab ein in unserem dortigen Parteiblatte erschienener Aufsatz. „Zu Tausenden“, so schreibt die „Frankfurter Zeitung“, „umlagerien die Menschen das Gerichtsgebäude, um ihren Austritt zu erklären. Ein starkes Aufgebot der Polizei mußte die Ordnung aufrechtzuerhalten“. Wie das „Hamburger Fremdenblatt“ weiter mitteilt, sind insgesamt 22 000 Personen allein in den zehn Wochen vor Neujahr ausgetreten. Darunter befinden sich einige wenige Personen jüdischen Glaubens und etwa ein Prozent Katholiken. Der Rest gehört der evangelisch-lutherischen Kirche an. Zur Erleichterung

der Austrittsanmeldungen war die Anfertigung von insgesamt 12 000 Protokollen nötig.

Diese Folgerung sollten alle diejenigen ziehen, die mit der Kirche innerlich längst schon gebrochen haben. Sie ist weiter nichts als ein Radinstrument der Bourgeoisie. Mit dem Geist der Nächstenliebe hat sie nichts gemein. Die Kirche hat diesen Geist vielmehr verflücht und der körperlichen Kreuzigung auch noch die geistige hinzugefügt. Ihre Selbstenttarnung hat dann die Kirche am stärksten während des Weltkrieges betrieben. Die Geistlichen hechten von der Kanzel herab und in ihren Schriften dermaßen um Massenmord auf, daß jeder Aubeutche seine helle Freude daran haben konnte. Das christliche Evangelium der Liebe und der Gerechtigkeit hatten sie vergessen.

Klassenkämpfer von 1890

Radikale Worte für den Wahlkampf

Zu einer für die Gesetzesverfassung der rechtssozialistischen Partei bemerkenswerten Auseinandersetzung kam es am Sonntag auf dem außerordentlichen Bezirksstag ihrer Berliner Organisation, der sich mit der Aufstellung der Kandidaten für die Landtagswahl befaßte. Paul Hirsch wünschte in seinem einleitenden Vortrag, daß die Wahl eine sozialistische Mehrheit bringe, damit die Verwaltungsreformen in Preußen vollendet werden könnten. Alle Reformen müßten gefördert werden, die den Weg zur Reichseinheit bahnen. Der Staatsrat ist nach seiner Auffassung keine zweite Kammer, sondern ein Organ der Provinzen. Die rechtssozialistische Partei könne mit Stolz darauf bilden, was mit ihrer Hilfe in Preußen geleistet worden sei. Von den großen Aufgaben, die in Jahrhunderten nicht gelöst worden seien, hätten die Rechtssozialisten doch einige gelöst. Diese rührende Bescheidenheit mag vielleicht auf den rechtssozialistischen Durchschnittsbürger Eindruck machen, die Arbeiterschaft wird aber Herrn Hirsch im Wahlkampf erwidern, daß sie von einer sozialistischen Partei mehr erwartet, als daß „einige“ Aufgaben gelöst werden, die schon „Jahrhunderte“ alt, die also schon durch ihr ehrwürdiges Alter zu Selbstverständlichkeiten geworden sind, von denen man gar nicht mehr sprechen sollte. Wer die rechtssozialistische Politik im Reich und nicht weniger in Preußen überblickt, der wird im Gegensatz zu ihrem Lobredner zu dem Urteil kommen müssen, daß sie alles andere denn segensreich für die Arbeiterklasse gewesen ist.

Den Höhepunkt in der Versammlung scheint nach dem kümmerlichen Bericht des „Vorwärts“ eine Auseinandersetzung zwischen Kuttner und Richard Fischer gebildet zu haben. Es lag ein Antrag Kuttners-Lüdemanns vor, nach dem die Kandidaten verpflichtet werden sollen, bei der kommenden Regierungsbildung in Preußen jede Koalition mit der Deutschen Volkspartei abzulehnen. Kuttner vertieg sich in der Begründung dieses Antrages zu der lächerlichen Behauptung, daß die Unabhängigen Sozialdemokraten, sobald sie in die Regierung kämen, alles nachmachen müßten, was sie den Rechtssozialisten bisher vorgeworfen hätten.

Das stimmt nun freilich nicht ganz; wo unsere Partei sich zur Regierungsbildung in Einzelstaaten mit den Rechtssozialisten zusammengefunden hat, dort haben sie diese gezwungen, die Richtlinien proletarischer Politik anzuerkennen und ihre Bebedenerlei vor den Parteien des Bürgertums aufzugeben. Selbst Kuttner, der Redakteur am „Vorwärts“ ist, scheint aber nur das Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei abzulehnen; dagegen guckt er immer noch freundlich lächelnd zu den Demokraten und zum Zentrum hinüber.

Richard Fischer, der Geschäftsführer des „Vorwärts“, aber will sich nicht dinküßeln, um mit Scheidemanns totem Freunde Bethmann-Hollweg zu sprechen. Er wandte sich dagegen, daß man die rechtssozialistischen Kandidaten gegen die Deutsche Volkspartei verpflichte. Hänge denn ihr Seelenheil von der Erfüllung dieser Verpflichtung ab? „Ob ich gegebenenfalls mit einem Deutschen nationalen zusammengehe, das hängt davon ab, ob es für unsere Partei vom Vorteil ist oder nicht“, so meinte er weiter und er berief sich darauf, daß die alte Sozialdemokratie im Jahre 1890 in der Stichwahl für die Freisinnigen gestimmt habe. Selbst Parteitagbeschlüsse könnten die Taktik der Partei nicht für alle Zeiten festlegen. Die Versammlung machte sich diese Anschauungen nicht zu eigen, sondern sie stimmte mit großer Mehrheit dem Antrag Kuttner-Lüdemanns zu.

Richard Fischer ist der typische „Klassenkämpfer“ von anno 1890. Und man darf durchaus nicht glauben, daß er eine Einzelerscheinung darstelle, sondern er vertritt eine in der rechtssozialistischen Partei so weit verbreitete Auffassung, daß sie bis heute noch deren offizielle Politik beherrscht. Die Leute von seiner Art verbünden sich mit den kapitalistischen Parteien und wollen sich sogar mit der Sinnespartei und den Deutschnationalen verschwören, wenn sie dadurch Vorteile für ihre eigene Parteimaschine zu erwischen hoffen. Daß dabei die Interessen der Arbeiterklasse verraten werden, daß dabei nur die Stellung des Kapitals gefördert wird, das wollen diese Leute, denen der Staub des vergangenen Jahrhunderts die Augen verklebt, nicht erkennen.

In Berlin hat zwar ebenso wie in Sachsen die radikalere Stimmung in der rechtssozialistischen Partei gefiegt. Aber die Arbeiter werden sich hüten müssen, auf radikale Wahlkampfworte etwas zu geben, solange die Wirklichkeit eine viel deutlichere Sprache redet.

Die Lage in Sowjet-Armenien

D. A. London, 10. Januar.

Wie aus Tiflis gebracht wird, hat sich soeben das neue armenische Kabinett gebildet. Das Ministerpräsidium liegt in den Händen Kossians, während das Außenministerium Bolscheparan übernommen hat. Die neue Regierung streng bolschewistischer Richtung hat als erste Amtshandlung eine Amnestie für Fahnenflüchtige erlassen und die Güter und Liegenschaften der armenischen Kirche nationalisiert. Die Eisenbahnen wurden in militärischen Betrieb genommen. Gleichzeitig hat der Sowjet von Erivan die Demobilisierung des armenischen Heeres verfügt. Die Armee soll reorganisiert und unter Führung von Offizieren gestellt werden, die ihre militärische Ausbildung in Moskau genossen haben.

Die Zeit für die Genehmigung der gemeindlichen Zufuhrenter zur Einkommensteuer für das Jahr 1920 ist von dem Finanzminister bis zum 31. Januar 1921 verlängert worden.

Nährmittel anstatt Bier und Schnaps. Die unabhängigen Abgeordneten der preussischen Landesversammlung haben im Ausschuss für Bevölkerungspolitik einen Antrag eingebracht, der von sämtlichen Parteien angenommen und mitunterschieden wurde. Er fordert die Verwendung von Brotgetreide statt für Schnaps und Bier zur Herstellung von Nährmitteln für unterernährte Kinder und schwangere Frauen. Eine Anfrage, die ganz ähnliche Zwecke verfolgt, ist von den Abgeordneten aller Parteien im Reichstag an die Regierung gerichtet worden.

Die belgische Wehrpflicht. Die belgische sozialistische Partei beschloß, energisch für eine sechsmonatige Dienstpflicht einzutreten. Sie entsandte eine Abordnung zum Kammerpräsidenten, um ihn zu eruchen, die Gesetzesvorlage Bouchers bezüglich einer Dienstzeit von sechs Monaten sobald wie möglich auf die Tagesordnung zu setzen.

Bankrott und Konfusion

Die kommunistische Bilanz seit Halle

Das Organ der Kommunisten macht uns den Vorwurf, wir hätten den „Offenen Brief“, den die Zentrale der K. K. P. D. in maßloser Ueberschätzung ihrer Bedeutung für die deutsche Arbeiterschaft an die Organisationen des Proletariats gerichtet hat, nicht klar und deutlich beantwortet. Wir müssen gestehen, daß uns diese Erwiderung überrascht, denn wir waren der Auffassung und sind es noch, daß unsere Antwort an Deutlichkeit kaum etwas zu wünschen übrig gelassen hat. Vielleicht machen sich die Redakteure der „Roten Fahne“ die Mühe, unseren Artikel einmal und mit Andacht zu lesen, und wir sind überzeugt, daß sie danach unsere Auffassung teilen werden. Einweilen aber verkünden sie großmütig, sie müßten vor der unabhängigen Arbeiterschaft „festnageln“, daß wir keine positive Antwort gegeben haben und nicht auf die „konkreten Forderungen“, die die kommunistische Partei aufstellt, geantwortet hätten.

Wenn das nicht geschehen ist, so deshalb, weil ein Teil dieser „konkreten Forderungen“ sich vollkommen deckt mit den von uns bereits in unserem nach dem Parteitag in Halle verkündeten Manifest erhabenen Forderungen. Es sind das fündete Kanise im Klassenkampf des Proletariats, um deren Verfolgung willen wir von den Kommunisten als Verräter, Gelbe, Reformisten und als Schlimmeres bezeichnet worden sind. Kann man uns wirklich ernsthaft zumuten, daß wir uns jetzt, weil es dieser Gesellschaft gefällt, mit ihr ernsthaft über Zweck und Bedeutung der von uns übernommenen Forderungen auseinandersetzen? Zum anderen Teil geschah unsere Zurückhaltung deshalb, weil die „konkreten Forderungen“ der K. K. P. D. so blödsinnig sind, daß wiederum aus diesem Grunde ein ernsthaftes Eingehen auf sie für normale Hirne Ueberwindung beanspruchen würde. Zum Beispiel: An erster Stelle fordert der Offene Brief:

„Einleitung von einheitlichen Lohnkämpfen zur Sicherstellung der Existenz der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Verbindung der einzelnen Lohnkämpfe der Eisenbahner, Beamten und Bergleute, sowie der anderen Industrie- und Landarbeiter zu geschlossener Aktion.“

Wenn das überhaupt einen Sinn hat, so doch nur den, daß die K. K. P. D. den allgemeinen gewerkschaftlichen Streik auf der ganzen Linie erstrebt. Die Entzweier dieser Forderung scheinen also gar keine Vorstellung davon zu haben, daß sowohl Zielsetzung wie Erfolgsmöglichkeit des gewerkschaftlichen Lohnkampfes in den einzelnen Produktionszweigen von ganz bestimmten, außerordentlich verschiedenen Bedingungen abhängig sind. Sie wissen nicht, daß eine über das ganze Reich ausgebreitete gleichzeitige Lohnbewegung heute selbst nicht einmal einer einzelnen Gewerkschaft möglich ist, geschweige denn der Gesamtheit der Gewerkschaften zu gleicher Zeit. Die Unternehmer würden jubeln über solchen Versuch, denn er gäbe ihnen doch endlich die Gelegenheit, ihre Betriebe einmal eine Zeitlang zu schließen. Die Kommunisten haben ferner nicht begriffen, daß Millionen von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Angestellten heute daran gewöhnt sind, alle den Arbeitsvertrag betreffenden Angelegenheiten auf einem anderen Wege, als dem des offenen Lohnkampfes, zu regeln, und gar nicht daran denken, eine allgemeine große Lohnbewegung der gedachten Art mitzumachen, wenn ihre unmittelbaren Berufsforderungen sie nicht dazu zwingen. Um überhaupt ernsthaft davon zu reden, was außerordentlich schwer fällt, muß gesagt werden, daß ein solcher Versuch von vornherein zu dem gleichen Mißerfolg verdammt sein würde, wie der letzte von den radikaleren syndikalistischen Elementen in der französischen Arbeiterbewegung blindlings und ohne jede Rücksicht auf die Gesamtfrage des Proletariats inszenierte Generallstreik zum 1. Mai. Verlangt die „Rote Fahne“ von uns noch eine ausführlichere Auseinandersetzung über solchen Unfug?

Aber wenn wir auf unsere Antwort auf den Offenen Brief geantwortet haben, jener Appell der Kommunisten an die großen Organisationen des Proletariats sei die unverkennbare Bankrotterklärung dieser Massenpartei ohne Massen, so haben wir damit noch gelinde geurteilt. In Wirklichkeit stellt der Offene Brief mehr dar. Nämlich die auf die äußerste Grenze des Möglichen gesteigerte Konfusion. In der Morgenausgabe der „Roten Fahne“ vom Sonntag wird das deutlich. Die erste Seite dieser Ausgabe wird wiederum geschmückt von einem „flammenden“ Aufruf zur allgemeinen Erhebung des Proletariats. Dabei wird gesagt, man soll die Reihen um die Unterdrücker zusammendrängen und eine Front bilden der Geknechteten und Unterdrückten, „ob sie sich Kommunisten, Unabhängige oder Mehrheitssozialisten nennen“. Und der Aufruf fährt fort: „Vereinigt Euch in der Liebe zu den Toten, in dem Haß zu den Mördern und laßt Euch nicht trennen“.

Auf der zweiten Seite der gleichen Ausgabe wird in einem Artikel über Spaltung oder Vereinigung gesprochen. Mit Stolz erklärt das Blatt im ersten Absatz dieses Artikels:

„Die Spaltung der sozialistischen Parteien, zuerst der alten Sozialdemokratischen Partei, dann der Unabhängigen Partei, ist das bewußte Werk der Kommunisten gewesen, unternommen im Lebensinteresse der proletarischen Revolution.“

Wie stimmt das überein mit dem Ruf nach Vereinigung in Liebe auf der ersten Seite? War die Spaltung unternommen worden „im Lebensinteresse der proletarischen Revolution“, so können wir nicht verstehen, wie nun wiederum die gemeinsame Front „im Lebensinteresse der Revolution“ notwendig wird. Auch über die Mittel des Kampfes herrscht die gleiche Verwirrung in den Spalten der „Roten Fahne“. Während uns noch vor ganz kurzer Zeit verkündet wurde, daß der entscheidende revolutionäre Kampf unmitttelbar bevorstehe, und daß er den Bürgerkrieg mit absoluter Sicherheit hervorrufen würde, erklärt die „Rote Fahne“ nun: „Aber die Zeit der entscheidenden Schlacht mit der Waffe in der Hand ist noch nicht gekommen“.

Wenn das nicht ungläubige Verwirrung ist, so ist es ein über Tausendjähriger Versuch, vor dem das in den großen Parteien und Verbänden organisierte Proletariat unbedingt bewahrt bleiben muß. Die Taktik, die hier von der K. K. P. D. und von der „Roten Fahne“ vorgeschlagen wird, wäre nur geeignet, die mit den Spaltungen, die die „Rote Fahne“ als einen Erfolg ihrer Partei bucht, herbeigeführte Schwächung der deutschen Arbeiterklasse zu steigern zum vollendeten Ruin, zur großen entscheidenden Niederlage.

Die Aussperrung bei Löwe

Zur Betriebsstillegung bei Löwe nahm am gestrigen Montag vormittag eine Betriebsversammlung der Belegschaften Stellung. Während von kommunistischer Seite mit dem Gedanken der Betriebsbesetzung gespielt wurde, warnen die Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes eindringlich vor einer solchen Ausschaltung. Im übrigen werden die Gewerkschaften zur Schlichtung des Konflikts eingreifen.

Damit nimmt diese Angelegenheit eine Wendung, die wir nur begrüßen können. Nur die Gewerkschaften sind imstande, mit den Unternehmern auf gleichem Fuße zu verhandeln, während eine einzelne Belegschaft einsach der Willkür des Unternehmers ausgehört ist und immer resistieren muß, bei unüberlegten Aktionen auf die Strafe zu fliegen.

Die „Rote Fahne“ überzieht uns wegen unserer Stellung zu dieser Angelegenheit in unserer Sonntag-Morgenausgabe mit einem ganzen Schmähfubel, aus dem „Anwalt des Unter-

Preußische Wähler, hört zu!

Die Rechtssozialisten haben folgender Vorlage zugestimmt:

Um die evangelischen Landeskirchen in die Lage zu setzen, die Besoldungs-, Ruhegehalts- und Hinterbliebenenbezüge ihrer preußischen Geistlichen den veränderten Verhältnissen entsprechend zu erhöhen, wird vom 1. April 1920 ab seitens des Staates der Landeskirche der älteren Provinzen eine Rente von jährlich 72 700 000 Mark, den Bundeskirchen der neuen Provinzen eine Rente von jährlich 27 500 000 Mark überwiesen.

Also 100.2 Millionen.

Um die bishöflichen Behörden in die Lage zu setzen, die Besoldungs- und Ruhegehaltsbezüge ihrer preußischen Pfarrer den veränderten Verhältnissen entsprechend zu erhöhen, wird vom 1. April 1920 ab seitens des Staates den bishöflichen Behörden ein Betrag von jährlich 41 500 000 Mark überwiesen.

In Summa: 141,7 Millionen Mark.

Für die Fraktion der U. S. P. gab Genosse Richter-Lichtenberg vor der Abstimmung eine Erklärung ab, daß wir es ablehnen, aus Staatsmitteln Geld für die Besoldung der Geistlichen bereitzustellen.

Außerdem wurden noch zwei Anträge angenommen, wonach die Staatsregierung ersucht wird, für die Hilfsgeldlichen Mittel des Staates bereit zu stellen.

Wenn die Arbeiter und Beamten zur Verbesserung ihrer elenden Lage Zulagen verlangen, so sind keine Mittel da. Für die Geistlichen aber werden hunderte von Millionen hinausgeworfen und die Rechtssozialisten geben ihre Zustimmung dazu!

nehmertums“ noch das zahmste Bruchstück ist. Es ist uns unmöglich, auf diesen Schwanz zu antworten, zumal es nicht das letzte Mal sein wird, wo uns das kommunistische Organ wegen einer sachlichen Stellungnahme der „Verräterei“ bezichtigen wird.

Gegen wilde Streiks

Der Streik bei Thossen in Hamborn, über den wir in unserer Sonntagmorgen-Ausgabe ausführlich berichteten, hat eine Kundgebung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Bergarbeiterverbände veranlaßt, in der gegen die wilde Streikhege Stellung genommen und die Arbeiterschaft aufgefordert wird, nur den Lösungen der Gewerkschaften zu folgen. Dem Aufruf haben sich die Bezirksleitungen der U. S. P. und der K. K. P. D. des Rheinlandes angeschlossen.

Wiederöffnung der Thossen-Hütte

Die Verwaltung der Thossen-Hütte teilt mit, daß von Dienstag früh ab die Hütte für beschränkten Betrieb wieder eröffnet werde, da sich im Laufe des heutigen Tages Tausende von Arbeitswilligen gemeldet hätten. Der Streik auf den Schachtanlagen im Hamborner Bezirk ist so gut wie beendet.

Das schweigsame Reichsverkehrsministerium

Die Beunruhigung über die beabsichtigte Stinnesierung der Reichseisenbahnen wächst. Nachdem unsere Parteipresse auf die reaktionären Absichten des Reichsverkehrsministeriums aufmerksam gemacht hat, verlangt nun auch der „Vorwärts“, sowie ein Teil der bürgerlichen Presse dringende Aufforderung vom Reichsverkehrsministerium. Auf der einen Seite wendet man sich gegen die beabsichtigte Stinnesierung der Reichseisenbahnen, die die Gefahr des Eindringens ausländischen Kapitals mit sich bringt und unsere Bahnen schließlich an das Ausland verpfändet, auf der anderen Seite protestiert man gegen die neue partikularistische Zersplitterung der Reichseisenbahnen. Auch in den Handelskammern wächst die Beunruhigung. Das Reichsverkehrsministerium aber schweigt beharrlich. Es hat scheinbar ein sehr schlechtes Gewissen. Die Handelskammer in Leipzig hat vier Forderungen aufgestellt, zu denen das Reichsverkehrsministerium sich nicht äußern mußte. 1. Eine einheitliche Leitung des Tarif- und Fahrplanwesens, sowie eine einheitliche Aufsicht über den Betriebs- und Verkehrsdienst, über die Bauausführung, das Personal und die Finanzgebarung. 2. Die Forderung nach Wahrung der wirtschaftlichen Zusammenhänge bei der Neueinteilung der Bezirke ohne Rücksicht auf politische Grenzen. (Eine Forderung, die in größerem Umfang bereits von unserer Fraktion in einem Antrage im Reichstag ausgesprochen wurde.) 3. Die Anwendung kaufmännischer Grundsätze bei der Wirtschaftsführung der Reichseisenbahnen. 4. Entpolitisierung der Eisenbahnverwaltung. — Das Reichsverkehrsministerium schweigt bisher auch zu diesen Forderungen. Schweigen scheint jetzt die neueste Methode der Reichsregierung zu sein. Man wird die Herren also im Reichstag zum Reden bringen müssen.

Aus der Internationale

Vor dem italienischen Parteitag

Man kann jetzt schon mit Bestimmtheit feststellen, daß auf dem Parteitag der italienischen sozialistischen Partei die Richtung Serrati, die sogenannten „Einheits“-Kommunisten, die weitläufig überwiegende Mehrheit haben wird. Die Anhänger Serratis akzeptieren zwar das politische Programm der Kommunisten, lehnen aber die 21 Moskauer Bedingungen ab. Die extremen Kommunisten werden ungefähr ein Drittel der Mandate aufbringen, während sich der Rest auf die Rechte, geführt von Turati, Treves und Modigliani, verteilen wird. Einige Provinzialparteitage veranschaulichten das Stärkeverhältnis der einzelnen Gruppen. So wurden auf dem Turiner

Provinzialkongress 3344 Stimmen für die Resolution der Kommunisten und 2070 Stimmen für die Serrati-Gruppe abgegeben. Selbst in der kommunistischen Hochburg, für die Turin längst bekannt ist, besteht also eine ganz beachtliche Minderheit. — In Mailand wurden 1051 Stimmen für die Serrati-Gruppe, 448 für die extremen Kommunisten und 265 für die Rechte abgegeben. Auch in Rom hat sich die Mehrheit für Serrati ausgesprochen.

Die schottische Arbeiterpartei gegen Moskau

Die schottische Arbeiterpartei hat sich auf einem kürzlich stattgefundenen Kongress mit 93 gegen 57 Stimmen gegen den Anschluß an Moskau erklärt. Diese Entscheidung ist um so bedeutungsvoller, als sich diese Partei im Vorjahre mit 158 gegen 38 Stimmen für den Anschluß an die dritte Internationale ausgesprochen hatte.

Aus der Wirtschaft

Das Gespenst der Arbeitslosigkeit

Kriegsgroß zieht das Gespenst der Arbeitslosigkeit über die Welt. Die Verarmung Europas durch den Krieg hat es erzeugt und es selbst zeigt wieder ein weiteres Sinken der Kaufkraft, ein tieferes Versinken in das wirtschaftliche Elend. Die Arbeitslosigkeit ist gegenwärtig eine internationale Erscheinung wie die Wirtschaftskrise, in deren Gefolge sie auftritt, und die Frage, wie sie beseitigt oder auch nur gelindert werden könne, das wichtigste sozialpolitische Problem aller Staaten — ein im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung unlösbares Problem, denn die Schichten der Kapitalherren können nicht ohne industrielle Reservearmee geschlagen werden.

Wie schwer die Arbeitslosigkeit auf dem deutschen Proletariat lastet, ist den Arbeitern aus eigener Anschauung oder Erfahrung genugsam bekannt. Aber auch die Länder, deren Produktionsgrundlagen — Produktionsmittel, Kohle, Rohstoffe — unversehrt geblieben sind oder sogar eine stellenweise beträchtliche Ausdehnung erfahren haben, leiden nicht weniger schwer unter Krise und Arbeitslosigkeit — denn die kapitalistische Wirtschaftsgehege gestalten die Produktion nur unter ganz bestimmten Bedingungen — Erzielung des Durchschnittsprofites —, die die verarmte Verbraucherkräften nicht erfüllen kann.

Am drängendsten tritt die Arbeitslosenfrage augenblicklich in England auf, wo die Zahl der Arbeitslosen täglich wächst. In London allein waren bei den Arbeitsvermittlungsbüros am Jahresende eine Viertelmillion Arbeitslose angemeldet, in ganz England, nach den neuesten Nachrichten, 700 000. Einschließlich der nicht angemeldeten Arbeitslosen ist ihre Zahl auf weit mehr als eine Million zu schätzen. Dabei laufen täglich Nachrichten von neuen Betriebsstellungen und Arbeiterentlassungen ein; so haben in letzter Zeit 15 Walzereien in Swansea, 7 Stahlwerke in Wales und 15 weitere Webereien in Lancashire die Arbeit eingestellt, die große Britisch-Amerikanische Tabakgesellschaft in Liverpool hat zahlreiche Entlassungen vorgenommen, die Schiffreederei in Swansea legen ihre Schiffe auf, da die Frachttarife zu niedrig sind; aus demselben Grunde werden zahlreiche Schiffbaukontrakte annulliert. Die Regierung ist dieser ansteigenden Welle der Arbeitslosigkeit gegenüber machtlos. Ihre ganze Regierungsweltlichkeit erschöpft sich darin, den Unternehmern und Arbeitern zu empfehlen, zur Kurzarbeit überzugehen, um mehr Arbeiter einstellen zu können. Die Regierung würde dadurch Unterstützungsgelder ersparen, aber weder den Arbeitslosen noch den Arbeitern wäre dadurch geholfen, sondern das Elend nur verallgemeinert.

Auch in Amerika dehnt sich die Arbeitslosigkeit noch weiter aus. Die große Automobilstadt Detroit ist eine tote Stadt geworden, die Ford'schen Werke sind bis zum 1. Februar geschlossen worden. Die Edison-Phonographenwerke wurden ebenfalls geschlossen. In Fall River ruhten sich sechs Arbeitervereinigungen der Textilindustrie damit einverstanden erklären, daß die Löhne um 22½ Prozent herabgesetzt werden, um eine völlige Stilllegung der Betriebe zu verhindern.

In Kanada wurde vorübergehend die Einwanderung gewisser Arbeiterkategorien verboten, um die Arbeitslosigkeit nicht zu verschärfen. In Montreal allein sind 80 000 Arbeiter ohne Beschäftigung, in andern Städten ein Viertel der gesamten Arbeiterschaft und mehr; dazu kommen die zahlreichen Kurzarbeiter.

Die norwegischen Reeder haben 200 Dampfer mit einem Rauminhalt von 100 000 Tonnen, das ist ein Sechstel der gesamten norwegischen Handelsflotte, aufgelegt.

In den eisässischen Baumwollspinnereien wurden weitere Arbeitseinsparungen vorgenommen. Die großen Mälhauer Betriebe arbeiten mit 40prozentiger Arbeitszeit, für die ausfallenden Stunden zahlen die Fabrikanten den Arbeitern ein Viertel ihres Lohnes und ihrer Teuerungszulagen.

Das China-Konjunktum

Die Finanzmagnaten von vier Entente-Ländern der Vereinigten Staaten, England, Frankreich und Japan haben ein Konjunktum für die Ausbeutung Chinas gegründet, dem eine sehr große Bedeutung beizumessen ist. Es ist ein tatsächlich arbeitender „Völkerbund“, läßt sich das amerikanische Blatt „The Nation“ Japan ist trotz seiner Sonderinteressen in Mongolien und in der Mandchurei und trotz den großen Gegensätzen, welche es von den Vereinigten Staaten trennen, dem Konjunktum auch beigetreten. Das Konjunktum reht natürlich unter dem Schutz der betreffenden Staaten. Als Zweck des Konjunktums ist die Finanzierung Chinas durch Anleihen und Konzeptionen angegeben; richtiger sollte es heißen — wie das erwähnte radikale Blatt sagt — „eine Vereinbarung zur Ausplünderung Chinas“.

Internationale Trusts

Die Vertrustung auf internationalem Maßstab, die durch den Krieg vorübergehend gestemmt wurde, schreitet nun mit Riesenschritten vorwärts. Besonders die deutsche Industrie, die im Kriege vom Weltmarkt abgeschnitten war, befreit sich, den Anschluß an die Weltwirtschaft auf diesem Wege wiederzufinden. So ist ein chemischer Trust in Bildung begriffen, die beiden größten deutschen Petroleumgesellschaften suchen Anschluß an eine holländische Gruppe. Schließlich sind die deutschen Salpeterfabrikanten dem Verband der holländischen Salpeterfabrikanten beigetreten, der dadurch zu einem internationalen Trust erweitert wurde, der nicht weniger als 88 Prozent der Salpeterproduktion der Welt kontrolliert. Nur die zent der Salpeterproduzenten, die aber bloß 2 Millionen Zentner Salpeter zu erzeugen fähig sind, stehen noch außerhalb des Verbandes, ihr Anschluß wird aber in der nächsten Zeit erwartet. Den deutschen Produzenten wurde eine Erzeugung von 12½ Millionen Zentner zugestanden, wodurch der Gesamtanteil der Millionen des Verbandes auf 80 Millionen Zentner steigt. Das Abkommen wurde bis Anfang 1924 abgeschlossen.

Der englische Seisenstrust, die bekannte Sunlight-Gesellschaft Lever Brothers Ltd., hat den schwedischen Markt erobert. Unter Ausnutzung der ungünstigen Konjunktur gelang es ihm, die sieben bedeutendsten Seifenfabriken Schwedens aufzukaufen.

Vor dem Petroleummonopol in Frankreich, Frankreich ist gegenwärtig das Kampffeld eines gewaltigen Konkurrenzkampfes, den die beiden um den Weltmarkt ringenden Petroleumtrusts, der amerikanische und der englisch-niederländische, ausfechten. Um die Selbständigkeit Frankreichs in diesem Kampf zu behaupten, plant die französische Regierung ein Petroleummonopol. Ein Gegenstandspunkt ist von der Kommission schon fertiggestellt; es sieht das ausschließliche Privileg des Staates für den Kauf und die Einfuhr von raffiniertem Öl vor, der innere Handel und die Raffinerie-Industrie wird von einer besonderen Erlaubnis abhängig gemacht.

INVENTUR-VERKAUF

Restbestände und andere Gelegenheitsposten
kommen in fast allen Abteilungen
ganz enorm billig zum Verkauf

4 Serien Kleiderstoffe extra billig

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
Blusenstoffe aparte Streifen	Kostümstoffe 130 cm breit	Melangen für Kleider und Kostüme	Cheviot schwere Qualität, für Knabenanzüge, nur marine
Kleiderstoffe doppeltbreit	Popeline mit feinen Streifen	Eolienne bedruckt, 100 cm breit	Kleiderstoffe Reinwollens, einfarbig
Seidenfrotté in grossem Farbsortiment	Schotten doppeltbreit, aparte Muster	Diagonal doppeltbreit, einfarbig	Kostümstoffe im engl. Geschmack, 130 cm br.
Meter 19⁵⁰	Meter 29⁵⁰	Meter 39⁵⁰	Meter 49⁵⁰

Enorm billige Angebote
Glas - Porzellan - Steingut

HERMANN TIETZ

Theater und Vergnügungen

Volkstheater

Kabale u. Liebe
Neues Volkstheater
Abend 8 Uhr

Jugend
Staatsoper
Opernhaus

Rigoletto
Opernhaus

Peer Gynt
Opernhaus

Deutsches Theater
Opernhaus

Kammerstücke
Opernhaus

Großes Schauspielhaus
Opernhaus

Neues Operettenhaus
Opernhaus

Trianon-Theater
Opernhaus

Kammerspiele
Opernhaus

Reinhold-Theater
Opernhaus

Body-Windermers-Fächer
Opernhaus

Königgräber-Str.
Opernhaus

Komödienhaus
Opernhaus

Berliner Theater
Opernhaus

Die spanische
Opernhaus

Thalia-Theater
Opernhaus

Casino-Theater
Opernhaus

Der Fährhelfer
Opernhaus

Folies Caprice
Opernhaus

Residenz-Kasino
Opernhaus

Gr. Ball
Opernhaus

Leffing-Theater

Flamme
Leffing-Theater

Deutsch. Kunst-Theater
Leffing-Theater

Die Schwebungstreppe
Leffing-Theater

Ed. am Kollendorferplatz
Leffing-Theater

Wenn Liebe erwacht...
Leffing-Theater

Rose-Theater
Leffing-Theater

Schneider Wibel
Leffing-Theater

Königstadt-Theater
Leffing-Theater

Gala-Sänger
Leffing-Theater

APOLLO
Leffing-Theater

Das Publikum wird gefürcht
Leffing-Theater

Theater am Kollendorfer Platz
Leffing-Theater

EMMA-GRÖR
Leffing-Theater

Neues Programm
Leffing-Theater

METROPOL
Leffing-Theater

Riesen-Jubiläum (125. Geburtstag)
Leffing-Theater

13 Schläger
Leffing-Theater

Concordia-Palast-Theater
Leffing-Theater

Steuermann Hoff
Leffing-Theater

Prozess Wort
Leffing-Theater

SOLO
Leffing-Theater

Die Variété-Bühne
Leffing-Theater

Sport-Palast

Das größte Kino der Welt
Der fürstliche Abenteurer
Buffalo, der stärkste Mann der Welt.
Madame Bovary.

Neue Welt

Arnold Scholz
Menschen 108-114
Dienstag, den 11. Januar 1921
Bayr. Bierfest
Gr. Schweineschlachten

Briefmarken :: Münzen

kauft Großmann, Johannisstr. 4.

Spezial-Arzt

Dr. med. Karl Reinhardt
Potsdamer Str. 117

Spezialarzt

Dr. med. Karl Reinhardt
Brunnenstr. 185

Spezial-Arzt

Dr. med. Karl Reinhardt
Nur Rosenthalerstr. 69-70

Zum Todestage Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs

(15. Januar 1919)
DER MORD
an
Karl Liebknecht u. Rosa Luxemburg
Karl Liebknechts letzte Tage
Postkarten mit Porträts
Wiederverkäufer hoher Rabatt!

Buchhandlung „FREIHEIT“

Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Spezialarzt

Dr. med. Karl Reinhardt
Friedrichstr. 81

Spezialarzt

Dr. med. Karl Reinhardt
Friedrichstr. 81

Unser langjähriger
Freund u. Kameraden
Willy. Gentschel
und seiner lieben Frau
die herzlichsten Glück-
wünsche zu ihrem
heutigen Hochzeitsfest
Wir alle Gards des 53. Bezirk.
S. Alt., 12. Bezirk!

Achtung! Arbeiterräte!

Am Mittwoch, den 12. Januar, vorm. 10 Uhr,
beginnt der Verkauf eines Postens von ca. 300 Stm.
Bücher-Ausgabe, ca. 1 m lang, zum Preis von 20, 20,-
pro Stm. auf dem Gelände der Reichshafen-Fabrik in
Berlin, Hofmannstraße 19/20. Der Verkauf kann im
ganzen oder auch teilweise erstanden werden.
Reichshafen-Werft G. m. b. H.
100, Hofmannstr. 19. Tel. Köpenick 232 u. 233.

„DER SOZIALIST“

Die sieben erschienenen Nr. 1
der von Dr. Rudolf Breitscheid herausgegebenen
unabhängigen sozialdemokratischen Wochenzeitung
„DER SOZIALIST“
enthält folgende Beiträge:
Gott segne England! von Rud. Breitscheid;
Die eine proletarische Klasse von Arthur
Cruppius; Das Problem der Reichswehr von
Walter Dohme; Manifest der kommunistischen Partei
von Karl Liebknecht; Die Arbeiterbewegung in
den Westländern von Walter Dohme;
Meine Briefe an eine proletarische Arbeiterin
der Kultur von Robert Segel.

Älteste ALTMETALLE

Waldow Strasse 26
Goldhändler Altes

Altmetalle

1 Oberberger Straße 1
Edle Goldhändler Altes.

Kapitän-Kautabak

Wer mit seinem Kautabak nicht zufrieden ist,
mache einen Versuch mit dem seit vielen Jahren eingeführten
Kapitän-Kautabak.

Ein unentbehrliches Notizbuch

U. S. P. D.
Taschenkalender

1921

Gut gebunden 4.- Mark

Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C. 2, Breite Straße 8-9

Ausverkauf

nach beendeter Inventur. **Alles unter Preis.**

Herren-Unterhosen	schwere gute Ware	19 ⁵⁰
Herren-Unterhemden		M. 32
Herren-Schals	Kunststoffe, extra lang und breit	M. 56
Herren-Socken	reine Wolle, in besonders gut. Qual.	M. 16 ⁵⁰
Herren-Socken	baumwolle, farbig	M. 6 ⁵⁰
Knaben-Wasch-Anzüge	Größe u. 1. M.	M. 30
Herren-Tücher	großer Posten, in Qual. allerbest. Friedensw.	M. 19 ⁵⁰

Herrenstoffe, für Kostüme geeignet, in hervorragenden Farben-
stellungen M. 96, 115, 155

Nur eine Verkaufsstelle **BaerSohn** Keine Filialen mehr
Nur Chaussee-Straße 29-30 Nur

Residenz-Kasino
Blumenstraße 10
Toni Gr. Ball
i. d. ältere Jugend
Kaufmann
Dienstags: Große Verlosung
Mittwochs: Bolser
Donnerstags: Privatstanz
Anfang 8 Uhr

Brachtstraße 11, Berlin
Blumenstr. 10, Kino-Club
Gr. Ball
für die
moderne tanzende Jugend
Dienstags: Große Verlosung
Mittwochs: Bolser
Donnerstags: Privatstanz
Anfang 7 Uhr

Groß-Berlin

Mehr Würde

Der deutsche Nationalismus treibt doch immer neue seltsame Blüten. Im Zehlendorfer Ortsblatt kündigte eine Dame französischen Sprachunterricht an, mit den französischen Worten:

„Cercle de conversation et de lecture française (Zirkel für französische Lektüre und Unterhaltung), Zehlendorf, S'adresser (Meldungen) an Frau Prof. Wehgen, Prinz Handjerystr. 3.“

Diese harmlose Anzeige hat das Gemüt einiger Zehlendorfer Spießbürger derartig in Wallung gebracht, daß das Ortsblatt zum Schauplatz eines echt deutschen Verteidigungskampfes gegen das Eindringen französischer Sprache in Zehlendorf wurde. Zuerst verles die „deutschfühlernde Mitbürgerin“ der armen Frau Professor einen gewaltigen Hieb. Aber merkwürdig! Vor lauter Entrüstung fand er in seiner Muttersprache, die zu verteidigen er doch auszog, gar keine Worte und bediente sich ebenfalls der — französischen Sprache. (Wie kann man auch so französisch sprechen — psui — und „deutschfühlernd“ sein?)

Die deutschfühlernde, französische Absicht genügt wohl noch nicht, deshalb erhob sich ein „deutscher Student“ (à la Viertelpfennig?) und schrieb:

„Ist es zu glauben, daß in unserer Zeit und in unserer durch französischen Nationalhass geschaffenen Not eine Frau, die Anspruch darauf macht, Deutsche zu sein, so das Gefühl für nationale Würde entbehrt, daß sie sich der französischen Sprache bedient, um Schüler für französischen Unterricht zu gewinnen! Oder sollte die Einförmigkeit dieser Anzeigen nicht deutschen Stammes sein? Ich hoffe, daß sie damit keinen Erfolg hat und von den deutschen Zehlendorfern entsprechend gewürdigt wird.“

Abgesehen davon, daß die „deutschfühlernden“ Herrschaften beileibe nicht an der Tatsache des Unterrichtens im Französischen an sich, sondern nur an der Anknüpfung in der Sprache, in der unterrichtet werden soll, Anstoß nehmen, zeigt diese Neuerung so richtig die durch den deutschen Nationalhass geschaffene Dummheit dieser Spießer. Es lohnt nicht, auf eine solche Sache einzugehen, wenn nicht durch solche Vorkommnisse die geistige Verfassung „deutschfühlernder“ Kreise blühend beleuchtet würde.

Deputation für die Werke. In der gestrigen Sitzung der bisherigen Deputation für Werke und Kohle wurde beschlossen, den Namen der Deputation in „Deputation für Werke“ umzuwandeln. Ferner wurde beschlossen, daß die Deputation sich als Verwaltungsdeputation konstituiert und bezüglich der Beteiligung der Werksverwaltungen und der Betriebsräte an den Sitzungen der Deputation, daß seitens der verschiedenen Werksverwaltungen 7 Vertreter und seitens der Betriebsräte der Werke 4 Vertreter als beratende Teilnehmer zu den Sitzungen der Deputation geladen werden sollen. Die betreffenden Vertreter sollen von der Gesamtheit der Werksverwaltungen und der Betriebsräte selbst gewählt werden. Endlich wurde beschlossen, daß entsprechend der inzwischen mit Zustimmung des Reichswirtschaftsministeriums eingeleiteten Preiserhöhung für ober-schlesische Schmelzloze der Verkaufspreis dafür in Groß-Berlin von 22,90 M auf 25,25 M pro Ztr. für alle Lieferungen, die seit dem 5. Januar 1921 ausgeführt sind, erhöht wird.

Der Preis des Essens aus der köstlichen Volksspeisung ist anderweit auf 2,50 M für die ganze Portion und 1,25 M für die halbe Portion festgelegt worden. Die Erhöhung tritt vom 17. 1. 1921 ab in Kraft. Kinderbewilligte sowie bedürftige Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, können das Essen zum bisherigen Preise von 1,30 M für die ganze Portion und 65 Pfg. für die halbe Portion gegen besondere Ausweisarte weiter beziehen. — Für die Kinderbewilligten werden die Karten bei den zuständigen Bezirksvorstehern, für die Kriegshinterbliebenen bei den zuständigen Bezirksvorstehern der Kriegshinterbliebenenfürsorge ausgeben. Kriegsbeschädigte haben sich zur Erlangung der Zusammenfassungen schriftlich an die Abteilung des Magistrats für Kriegsbeschädigtenfürsorge, Poststraße 5, zu wenden.

Straßenreinigung. Es ist in der letzten Zeit vielfach darüber geklagt worden, daß die Straßen der Stadt nicht genügend gereinigt seien, namentlich betraf das die Sonn- und Feiertage. Nach den bestehenden Tarifverträgen ist die regelmäßige Sonntags-

arbeit in der Verwaltung der Straßenreinigung ausgeschlossen. Jedoch sind in den 33 Depots auch am Sonntag Wagen vorhanden, die verpflichtet sind, die Gullies zu reinigen und sonstige eintretende Schwierigkeiten zu beheben. Es ist weiter Vorgeeige getroffen, daß bei Schneefall oder Glätte die Straßenreinigung in größerem Umfange einzutreten hat. Der Verwaltungsrat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, auch bei plötzlichen Witterungsumschlag oder wenn frühere Niederschläge eintreten, auch an Sonntagen einen umfangreichen Dienst einzurichten. Auf der anderen Seite darf das Berliner Bürgertum nicht außer acht lassen, daß die finanziellen Nöte der Stadt zu größter Sparsamkeit zwingen.

Die „unpolitischen“ Mietervereine

Der Mieterverband Groß-Berlin hielt am Sonntag im früheren Herrenhause einen „Kongress“ ab, zu dem die dem Verband angeschlossenen Organisationen insgesamt 217 Delegierte entsandt hatten. Die Erstattung des Geschäfts- und Kassensberichts rief eine längere Aussprache hervor, in der sich große Gegensätze in der Beurteilung politischer und wirtschaftlicher Fragen zeigten. Doch erregte Diskussionen veranlaßte ein Antrag, von den neuwählenden Vorstandsmittgliedern vor der Wahl ein politisches Glaubensbekenntnis zu fordern. Dieser Antrag wurde mit überwiegender Mehrheit abgelehnt. Dagegen fand ein ganz unbestimmt gehaltener Antrag über die politische Stellung der Vorstandsmittglieder zu dem Verbandsprogramm Annahme.

Durch diesen Beschluß haben sich die Mieterorganisationen selbst einen sehr schlechten Dienst erwiesen und zugleich eine so geringe Einsicht in das Wesen ihrer Bewegung gezeigt, daß man sich nicht darüber zu wundern braucht, daß ihr so geringe Erfolge beschieden sind. Die Wohnungsfrage ist eine soziale Frage und daher eine Machfrage. Die Interessen der Mieter können deshalb nur Verwirklichung finden in einer Gesellschaftsordnung, die nicht auf den Privatbesitz an Produktionsmitteln und auf dem Streben nach Profit beruht. Wenn die Mieterorganisationen diese Einsicht hätten, so müßten sie eine bewußt sozialistische Organisation werden, die in engem Zusammenarbeiten mit Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften der bürgerlichen Gesellschaft den Kampf ansetzt. Denn nur im Kampf unter Niederdrückung der starken kapitalistischen Interessen, die in allen bürgerlichen Parteien wirksam sind, lassen sich die sozialen Forderungen verwirklichen, die die Masse der Arbeiter, Angestellten und Beamten in der Wohnungsfrage zu verwirklichen trachtet.

Die Mieterorganisationen haben einen anderen Weg eingeschlagen; indem sie ihre politische Neutralität erklärten, haben sie gezeigt, daß ihnen das Wesen der sozialen Frage und die Unvermeidbarkeit des Klassenkampfes und der klaren Stellungnahme zu politischen Fragen völlig fehlt.

Die Krankenkarten werden in der Zeit vom 11. bis 14. Januar 1921 wie folgt beliefert. Auf die 1/2 Liter Krankenkarten wird geliefert: Am 11. erhalten die 1/2 Liter Krankenkarten 1/2 Liter Frischmilch. Am 12. werden die 1/2 Liter Krankenkarten nur mit 1/2 Liter Frischmilch beliefert. Am 13. und 14. erhalten die 1/2 Liter Krankenkarten 1/2 Liter Frischmilch. Als Ersatz für die Kürzung der 1/2 Liter Karten am 10. und 12. Januar wird am 14. eine Büchse ungezuckerte Kondensvollmilch zum Preise von 9,95 M. ausgegeben. Die 1/2 Liter Krankenkarten werden wie folgt beliefert: Am 11. bis 13. fällt die Belieferung aus. Am 12. wird 1/2 Liter verabfolgt, am 13. fällt die Belieferung aus, am 14. wird 1/2 Liter verabfolgt. Als Ersatz für die Nichtbelieferung der 1/2 Liter Krankenkarten am 9., 11. und 13. Januar wird am 13. Januar eine Büchse gezuckerte Inlandsmagermilch zum Preise von 8,10 M. verausgabt. Die angegebene Belieferung bezieht sich nicht auf die seit dem 1. Oktober 1920 zu Berlin neu hinzugekommenen Gemeinden.

Erhöhung der Fernspreckgebühren. Da die Zahl der Fernspreckhauptanschlüsse in der neuen Stadtgemeinde Berlin sich am 1. Januar 1921 auf mehr als 150 000 beläuft, beträgt noch §§ 2, 3 und 5 der Fernspreckgebühren-Ordnung vom 20. Dezember 1899, abgeändert durch Gesetz vom 6. Mai 1920, vom 1. April 1921 an die jährliche Ortsanspreckgebühr 880 M. und die jährliche Ortsgrundgebühr 560 M. für jeden an die vorstehenden Vermittlungsanstalten herangeführten Hauptanschluß. Die jährliche Bau-gebühr für den Vorortverkehr mit Nowawes, Oranienburg und Potsdam beträgt wie bisher 1000 M. Die an die obengenannten Vermittlungsstellen angeschlossenen Teilnehmer sind, soweit sie von dieser Erhöhung betroffen werden, bis zum 1. März berechnigt. Ihre Anschlüsse zum 1. April 1921 zu kündigen.

Einschließung der Schultrauanteile in Neuböden. Die Einschließung der Schultrauanteile (Beträge unter 100 Mark) hat in der Zeit vom 2. November bis 29. Dezember 1920 stattgefunden. Sämtliche können jedoch die Kriegaanteile noch bis zum 15. Februar 1921 im Rathaus, Schulverwaltung, 2 Treppen, Zimmer 213, gegen Vorlegung der Quittungen einschließen.

Unterrichtskurse für Arbeiter. In dieser Woche beginnen neue Kurse in Deutsch und Rechnen für Anfänger. In Deutsch wird Rechtschreibung und Schönschreibung, in Rechnen einfaches Rechnen und Bruchrechnung gelehrt. Die Kurse sind durch den Kursus (12 Abende umfänglich) 4 Mark. Arbeitslose erhalten gegen Ausweis Freikarte. Der Unterricht findet einmal wöchentlich abends von 7 bis 8 Uhr an folgenden Arbeitsstätten statt: Norden: Gleimstraße 49, Zentrum: Gipsstraße 23a und Niederwallstraße 12, Neukölln: Kaiser-Friedrich-Str. 208-10, Oberriedenstraße 12, Realgymnasium. Anmeldungen am 1. Unterrichtsabend um 7 Uhr in dem betreffenden Schulhof, und zwar in Gipsstraße, Neukölln und Oberriedenstraße am Dienstag, den 11. Januar; in Gleimstraße am Montag, den 10. Januar; in Niederwallstraße am Donnerstag, den 13. Januar.

Die Jugendweihen in Groß-Berlin für die Kinder, deren Eltern keiner Religionsgemeinschaft angehören, finden an den drei letzten März-Sonntagen statt. Anmeldungen müssen sofort in unserem Bureau, Breite Straße 8/9, links parterre, in der Arbeiter-Bildungsschule, erfolgen. In dieser Woche werden die Weihen geschlossen!

Schülerkonzerte. Die vom Blüthner-Orchester veranstalteten Schülerkonzerte finden im Blüthneraal, Pflanzstraße 73 am 20., 27. Januar und 3. Februar 1921 statt. Beginn der einzelnen Konzerte nachmittags 4 Uhr.

Der Raubmord in der Krausenstraße restlos aufgeklärt. Auch das letzte Kapitalverbrechen, der Raubmord an dem Kaufmann Moritz Henckle in der Krausenstraße 23, ist durch die umfassenden Nachforschungen der Kriminalpolizei restlos aufgeklärt worden. Es ist gelungen, die beiden Täter, den Urheber und die Mitwisser, insgesamt fünf Personen, hinter Schloß und Riegel zu bringen.

Drohender Häusersturz in der Friedrichstraße. Das Haus Besselstraße 1, Ecke der Friedrichstraße, das schon seit einiger Zeit bedenkliche Risse und Spalten aufweist, ist gestern durch eine Abwärtung des Straßendamms und Bürgersteiges noch schwerer bedroht worden als bisher. Eine unmittelbare Einsturzgefahr scheint allerdings noch nicht vorzuliegen, jedoch kann angesichts des trügerischen Moorgrundes, aus dem das Haus gebaut ist, von einem Tag zum andern eine weitere Absenkung stattfinden, die zur Katastrophe führen würde.

Selbstmordversuch zweier Freundinnen. Die 71 Jahre alte Emilie Kiemann und ihre Freundin, Fräulein Grete Jocham, vergifteten sich in ihrer gemeinsamen Wohnung im Hause Ahornstraße 40, mit Leuchtgas. Beide konnten ins Leben zurückgerufen werden. Der Beweggrund ist noch unbekannt.

Tod durch Leuchtgasvergiftung. Der 42 jährige Händler Albin Reichel wurde gestern in seiner Wohnung, Linienstraße 65, infolge Leuchtgasvergiftung tot aufgefunden. Er hatte den Hahn aus Unachtsamkeit offen gelassen.

Ein Einbrecher erschossen. In der vergangenen Nacht wurde ein Einbrecher, als er seiner Verhaftung Widerstand entgegensetzte, von einem Kriminalwachmeister erschossen. Die Leiche des Unbekannten übergab man dem Scharfschützen.

16. Verwaltungsbezirk. Donnerstag, den 14. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Cöpenicker Rathaus, Sitzung der Bezirksverordneten und der Kommunal-Kommission.

Völkchenberg. Bezirksvorsteher und Stellvertreter. Sitzung am Dienstag abend 7 Uhr bei Schulz, Kronprinzenstraße 47.

Wenig benutzte Züge auf der Strecke Berlin-Stettin sollen aus. Personenzug 597 Berlin-Stettin, der bisher einen Vortzug hatte, wird von nun ab diesen nicht mehr haben, da der Vortzug so gering ist, daß es sich nicht lohnt, einen Vortzug abzulassen. Ebenso wird der Vortzug seines Gegenzuges 410 von Stettin ab 232 nachmittags nicht mehr verkehren. Die beiden Vortzüge verkehren nur werktätlich. Der Personenzug 410 von Stargard kommend, von Stettin ab 222 nachmittags, Stettiner Bahnhof am 6.10 abends, wird auf der Strecke Berlin-Stettin von jetzt ab nur Werktags gefahren.

Berichtigung. Zu dem am 22. November 1920 unter der Ueberschrift „Aus der Praxis eines Wohnungsamtes“ erschienenen Notiz erhalten wir vom Wohnungsamt der Stadt Berlin eine Berichtigung, die besagt, daß der Wohnungsuchende R. erst seit dem 14. Juli 1920 in die Liste der Wohnungsuchenden eingetragen ist. Auch seien die sonstigen Behauptungen des R. unzutreffend, aus welchem Grunde Strafantrag gegen ihn gestellt worden sei. — Das Verfahren wird ergeben, wie weit die uns von R. vorgetragene Beschwerde zutreffend sind; über den Ausgang derselben werden wir berichten.

Ismer

Erzählung von Julius Levin

(17. Fortsetzung.)

Ohne etwas zu erwidern, folgte ihm Emilie an die Haltestelle der Elektrischen, die an der Ecke des Potsdamer Platzes und der Königgräber Straße hielt.

Ismer, der noch die Spuren seiner Verwundung zeigte, und überhaupt ziemlich angegriffen ausah, erregte die Aufmerksamkeit einiger Mitfahrender, die sich erhoben, um ihm und Emilie Platz zum Sitzen zu machen. Ismer kam sich etwas wichtig vor. Er hätte als Arbeiter in der Tischlerei sehr alt werden können, ehe jemandem eingefallen wäre, ihn als den Höherstehenden zu betrachten und danach zu behandeln.

Mit Emilie, die neben ihm saß und die Augen auf ihre Handtasche gerichtet hielt, wechselte er kein Wort, und um seine Verlegenheit nicht allzu sichtbar werden zu lassen, blinnte er zum gegenüberliegenden Fenster hinaus auf die Wege im Tiergarten, die voll Menschen waren, auf die Straßen, deren Beleuchtung ihm rätselhaft erschien, auf die Häuser, die dastanden, als wenn es auf der ganzen Welt keine Granaten und Fliegerbomben gegeben hätte. Es war also noch möglich, außerhalb des Krieges zu leben, nicht bloß nicht im Kriege selbst, sondern auch außerhalb aller Vorkriegstellungen, die er erwecken und dann für alle Zeit lebendig erhalten mußte.

Es wäre doch ganz schön gewesen, wenn er hier hätte bleiben können. Die Betrachtung der ihm so bekannten und doch so fremd gewordenen Dinge verkürzte ihm die Zeit so sehr, daß er wie aus einem Traume aufwachte, als der Wagenführer „Krausenstraße“ rief und Emilie Ismer am Armelpuffte.

Hatte Ismer schon auf dem Wege eine Art Auferstehung gespürt, so war seine Verklärung vollkommen, als er in die Krausenstraße einbog und sein Haus sah. Auf dem Dammspielten Kinder aus der Nachbarschaft. Einige von ihnen sahen auf, als sie den Urlauber bemerkten, und als sie ihn erkannt hatten, kamen sie, obwohl sie ihn sonst nicht beachtet hatten, hinzugesprungen und begrüßten ihn. Strobachs kleiner Wilhelm, wegen seiner Heiligkeit allgemein Junker

genannt, sagte: „Na, Sie oder Knopp?! ... Sind Sie doch mal wieder uf Kartoffelpuffer gekommen?“

Jetzt war Ismer ganz zu Hause. Er nahm den kleinen Wilhelm hoch und küßte ihn herzlich ab, wie wenn er sein eigenes Kind auf dem Arm gehalten hätte. Im Hause selbst war große Freude, wenn auch Ismer auf mehr als einem Gesichte ein wenig Verwunderung über seine Anwesenheit ablesen konnte. Das verdroß ihn einen Augenblick, rief ihm unangenehme Dinge ins Gedächtnis und ließ ihn mehr ahnen, als er sich eingestehen zu sollen für gut fand. War es die Gesichte mit Emilie, die man ihm, ohne es vielleicht zu wollen, nachtrug, oder war gar der Fröhe einmal so offenkundig ins Haus gekommen, daß man nicht bloß Lunte hätte zu riechen brauchen?

Glücklicherweise waren die Mienen der Nachbarn nicht zu aufdringlich geworden, und besonders war der Portier ausgerückt, dessen Familie das Haus sehr bald danach verlassen hatte. Ismer konnte bald lächeln, und lächelnd las er an seiner Korridorür das Schild, das seinen Namen trug, ihm seinen Namen, wenn auch undeutlich, aber doch so laut entgegenrief, daß er sich jetzt wahrhaft ins Leben zurückversetzt fühlte. Es versicherte ihn, daß er noch da war, daß es wirklich einen Mann gab, der Ismer hieß, daß kein anderer als er selbst dieser Mann war, daß seine Frau wirklich Emilie hieß, denn der Mann, der dort wohnte und der er war, hatte eine solche Frau und keine andere.

Das Heim, das er vorfand, war zwar im wesentlichen das alte, wie er es verlassen hatte, und doch schien es Ismer, daß es ein etwas neues, fremdartiges Aussehen auswies, nicht so sehr im ganzen, wie in einzelnen Kleinigkeiten. Vor allem glaubte Ismer zu bemerken, daß Emilie die Wohnung nicht mehr so peinlich in Ordnung gehalten hatte, wie er es in Friedenszeiten von ihr gewohnt gewesen war. Was die Versorgung des Hauses betraf, war Emilie niemals der geringste Vorwurf zu machen gewesen. Sei es, daß ihr die Sauberkeit angeboren war, sei es, daß sie jeden Streit zu vermeiden, ebensoviel Luft wie Grund hatte — soviel stand fest, daß keine Wohnung, die er kannte, und wäre es die proprette gewesen, die keine an Reinlichkeit übertraf.

Obwohl nun Emilie doch schon einige Monate ganz allein darin gewesen war und deshalb viel weniger aufräumen gehabt hatte als damals, wo er die Wohnung noch mit ihr teilte und sie durch die Abfälle von seinen Arbeiten, Schnitzel, Späne, kleine Wasser- oder Leimflecke und anderes mehr verunreinigte, war doch die Ordnung nicht mehr

so fest wie früher. Der Geruch der ganzen Behausung hatte etwas Verstocktes. Ismer hatte das Gefühl, als ob die Wohnung seit seinem Abmarsche zur Front nicht betreten worden wäre und sich darin alle Mäuse, alle Schafschaf, alle verhaltenen Lüste und alle Mut aufeinandergehäuft und zusammengedrückt hätten, so daß sie muffig wurden und zu faulen begannen, wie Mehl, das keine Luft bekommt und in sich selbst ersticht.

Ismer riß das Fenster weit auf, und er sah, daß die Gardinen nicht gewaschen waren. Sein Empfang war nicht sonderlich vorbereitet worden. Das durfte er ruhig behaupten. Und es machte ihm doppelten Kummer, wenn er bedachte, wieviel Bedenklichkeiten er sich gemacht hatte, wie er sich geprüft hatte, welches Verhalten Emilie gegenüber das beste sein würde. Gedanken, von denen er jetzt allerdings zugeben mußte, daß sie ihm wenig genutzt hatten. Freilich waren sie auch nicht ganz befolgt worden, denn wie er Emilie jetzt gegenüberstand, entsprach nicht im mindesten dem, was er sich vorgestellt, als er sich mit ihr in seinem Inneren verlobt hatte. Daß gar Emilie mit ihm nicht verlobt sein konnte, das sah vorzukommen, war er völlig außerstande. Er hatte ja alles getan, um die paar von ihm begangenen Fehler wieder gutzumachen. Er war in die Schlacht gegangen, hatte brav gekämpft, war verwundet worden.

Ismer bekam an dieser Stelle seiner Gedankenreihe einen scharfen Stoß wie von vergifteter Spitze.

Der Fröhe erhob sich aus dem Grabe und sah ihn aus dem einen Auge, das ihm die Granate gelassen hatte, an, während der Mund verschlossen blieb, weiter schloß, nichts verlauten ließ von dem, was zwischen Emilie und ihm selbst vorgegangen war.

Ismer trat wieder an das Fenster, durch das Emilie sich damals hatte kürzen wollen, und sah in den alten Hof hinab, der verlassen dalag. Nur selten überquerte ihn eine Nachbarin oder ein alter Mann, der die Klappertüte zufallen ließ und einen an einen Schach erinnernden Knoll auslöste. Aus der Tiefe winkte der schwarzgraue Zement hinauf. Ismer sah fast auf ihm die Leiche Emilies liegen.

Vielleicht hätte es dazu kommen können, daß sie dort lag! Ismer empfand am Nacken etwas, das den Schädel einspannen zu wollen schien. Er wehrte sich dagegen dadurch, daß er wütend den Kopf schüttelte und dabei halbflaut sagte: Psui Deibel!

(Fortsetzung folgt.)

